

Landrat verweigert Transparenz

Auch der zweite Versuch, im Kreistag des ILM-Kreises das Thema „Musterverfahren zur Bearbeitung von Widersprüchen gegen Abwasserbeitragsbescheide des Wasser- und Abwasserzweckverbandes Arnstadt“ auf die Tagesordnung zu setzen, ist am Unwillen des CDU-Landrates, Dr. Benno Kaufhold und der CDU-Kreistagsfraktion gescheitert.

Den zweiten Fehlversuch hat der Landrat zu verantworten.

Die Kreistagsfraktion der LINKEN hatte den Beratungsgegenstand bereits im Mai 2008 auf die Tagesordnung setzen wollen. Die hierfür notwendige Mehrheit ist jedoch wegen der Blockadehaltung der CDU nicht zustande gekommen.

Den zweiten Fehlversuch hat der Landrat zu verantworten. Obwohl der Antrag der LINKEN fristgerecht gestellt wurde, hat es der Landrat versäumt, ihn in die Tagesordnung aufzunehmen. Dr. Benno Kaufhold war aber zumindest so ehrlich, sein Versäumnis zu begründen. Er ist nicht gewillt, über diese

Sache im Kreistag zu berichten. Die Bearbeitung von Widersprüchen gegen Abwasserbeitragsbescheide geht dem Kreistag nichts an, meint der Landrat; eine sehr fragwürdige und verantwortungslose Auffassung.

Bisher verweigert ich der Landrat dem von den Bürgerinitiativen vorgeschlagenen Musterverfahren zur Bearbeitung der Widersprüche.

Der Landrat beschränkt dadurch die Rechte der Bürger und das ohne Not.

Nur zwei „Miniverfahren“ für zwölf Widersprüche in Bittstädt und vier Widersprüche in Gossel soll es nach dem Landratswillen geben. Die Verweigerungshaltung des Landrates ist völlig unverständlich. Bei einem Musterverfahren müsste das Landratsamt nur zwei Widersprüche bearbeiten, die dann im Klageverfahren endgültig entschieden werden würden. Das Landratsamt könnte also viele Arbeitskosten sparen. Doch der Landrat denkt und handelt anders: Er will alle rund 2.500 Widerspruchsführer

einzelns ins Klageverfahren zwingen. Er hofft offenbar, dadurch die Bürger davon abhalten zu können, ihre Rechte wahrzunehmen. Viele Bürger haben Scheu vor den hohen Verwaltungsgebühren und Gerichtskosten und ziehen deshalb ihre Widersprüche zurück. Der Landrat beschränkt dadurch die Rechte der Bürger und das ohne Not. Er schützt damit die fragwürdige Arbeit des WAZV, der in der Region die höchsten Abwasserbeiträge erhebt.

Als Rechtsaufsichtsbehörde müsste der Landrat jedoch anders handeln. Er müsste den Zweckverband und die überhöhten Abwasserbeiträge intensiv überprüfen. Doch damit tut sich der Landrat schwer. Er will offenbar den Zweckverband vor den Bürgern schützen. Dr. Kaufhold übernimmt damit aber auch eine Mitverantwortung für die unhaltbare Verbandspolitik des WAZV. Bleibt zu hoffen, dass sich die Bürger nicht durch solche taktischen „Spiele“ des Landrates abhalten lassen und weiter um ihre Rechte kämpfen.

Frank Kuschel